

Es bleibt abzuwarten, wie diese Reformvorhaben in dem noch diskutierten Entwurf des Fünfjahresplanes umgesetzt werden. (CD, 24.10. u. 30.10.90; IHT, 31.10.90; Le Monde, 31.10.90) -schü-

Taiwan

*(41)

Erneute Zuspitzung des Streits mit Japan um die Diaoyutai (Senkaku)-Inseln

Im Berichtsmonat fanden in Taiwan wieder eine Reihe von anti-japanischen Demonstrationen statt. Grund war der Territorialstreit um die unbewohnten Klippeninseln Diaoyutai (japanisch Senkaku), die rund 190 km nordöstlich von Taiwan und 480 km südwestlich von Okinawa liegen. Am 21. Oktober besuchte eine Gruppe von Sportlern, Journalisten und Politikern aus Taiwan mit zwei Fischerbooten Diaoyutai. Sie wollte mit einer olympischen Fackel des "regionalen Sportfests" Taiwan auf den Inseln landen, um damit die Souveränität der Republik China über das Territorium zu demonstrieren. Die Weiterfahrt wurde 12 km vor den Inseln von acht Patrouillenbooten der japanischen Maritimen Sicherheitsbehörde verhindert. Fünf bis sechs taiwanische Kriegsschiffe, die 60 sm hinter den Fischerbooten fuhrten und mit der Aufgabe betraut waren, diese zu schützen, griffen nicht ein. Die Regierung rief am 21. und 22. Dringlichkeitssitzungen ein und erhob scharfen Protest gegen Japan, doch gleichzeitig wurde betont, das Problem auf diplomatischem Weg lösen zu wollen. (LHB, ZYRB und CP, 22.-25.10.90; Xinxinwen, Taipei, 29.10.-4.11.90, S.32 ff.)

Die umstrittenen Inseln, die acht Riffe mit einer Gesamtfläche von 6,3 qkm umfassen, liegen geographisch nicht nur näher an Taiwan, sondern auch wie Taiwan - auf dem chinesischen Festlandssockel. Zwischen ihnen und der Ryukyu-Kette befindet sich ein Graben von 1.000-20.000 m Tiefe unter dem Meer. Historisch gesehen gehörten sie vor 1895 sowohl nach chinesischen als auch japanischen Dokumenten ebenfalls eindeutig zu Taiwan; denn Japan hat sie nicht 1879 mit Ryukyu, sondern 1895/96 mit Taiwan zusammen annektiert. Nicht eindeutig ist,

ob sie 1895-1945 zu Taiwan oder Ryukyu gehörten. Nach der japanischen Kapitulation im 2. Weltkrieg kehrte Taiwan zurück an China, und Ryukyu wurde von den USA besetzt. Die US-Luftwaffe benutzte die Diaoyutai als Bomben- und Schießübungsplatz. Andererseits wurde die Insel auch von taiwanesischen Fischern bei stürmischem Wetter als Zufluchtsort benutzt. Seinerzeit hat wohl keine Seite auf das Vorhandensein der winzigen öden Eilande besonders geachtet. Erst seit Ende der sechziger Jahre sind sie zum Zankapfel geworden, weil man nach einer Reihe von wissenschaftlichen Untersuchungen reiche Vorkommen an Erdöl und -gas unter dem Meeresboden um die Inseln vermutete. (Siehe ausführlich dazu Yu-Hsiu Nieh "Hintergründe des chinesisch-japanischen Inselstreits" in C.a. Mai 1978, S.279 ff.)

Um den territorialen Anspruch Taiwans auf Diaoyutai zu unterstützen, haben zahlreiche Intellektuelle in Taiwan und in den USA damals eine patriotische "Bewegung für die Verteidigung von Diaoyutai" (Baodiao Yundong) initiiert. Die Bewegung, die sich zuerst gegen die japanische und die US-Regierung gerichtet hatte, zielte zum Schluß auf die Regierung in Taipei, nachdem sie die Rückgabe der Diaoyutai an Japan durch die Amerikaner nicht verhindern können. Auch diesmal war bei den neuen anti-japanischen Demonstrationen scharfe Kritik gegen die Regierung zu hören, weil sie die Fahrt der zwei Fischerboote mit der Fackel nach Diaoyutai nicht konsequent unterstützt hatte. Viele waren empört, daß einige verantwortliche Politiker zur Zeit, als die Fischerboote von den japanischen Patrouillenschiffen zurückgedrängt wurden, nicht in ihrem Büro, sondern auf dem Golfplatz waren. Die Opposition forderte im Parlament Ministerpräsident Hao Bocom (Hau Pei-tsun) zum Rücktritt auf.

Vor 1972, als Japan Taipei noch als die legitime Regierung Chinas anerkannte, hatte Beijing im Diaoyutai-Streit ein politisches Alibi. Um die Guomindang-Regierung in Bedrängnis zu treiben, schürte es auch mit allen Mitteln die "Baodiao-Bewegung". Nach der Wende in der japanischen Chinapolitik bemühte sich Beijing aber wieder, die Bewegung abzuschwächen. Bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im September 1972 haben sich Beijing und Tokyo darauf geeinigt, die Lösung der Diaoyutai-Frage hinauszuschieben. Mitte April 1978 versammelten sich aber überraschend rund 200

chinesische Trawler vor der Diaoyutai-Gruppe, nachdem einige pro-taiwanesischen Abgeordnete der japanischen Regierungspartei LDP von Tokyo den Bau eines Hubschrauber-Landeplatzes sowie eine Wetterbeobachtungsstation auf der Sankalu (Diaoyutai) gefordert hatten, um damit den Abschluß des Friedensvertrages zwischen Tokyo und Beijing zu torpedieren.

Anlaß zu der jüngsten Zuspitzung des Diaoyutai-Streits waren Überlegungen der japanischen Regierung Ende September, einen von der rechtsgerichteten Jugendorganisation "Nihon Seinen" 1978 (oder 1979) auf der Senhaku gebauten Leuchtturm nachträglich offiziell zu genehmigen. Im Gegensatz zu Taiwan hat Beijing diese Nachricht in China nicht verbreitet, weil die chinesische Führung den dritten japanischen Kredit in Höhe von rd. 5,8 Mrd. US\$ nicht gefährden möchte, den Tokyo infolge der Niederschlagung der Demokratiebewegung vom 4. Juni 1989 in Beijing zunächst eingefroren und erst kürzlich wieder freigegeben hat. Darüber hinaus befürchtet die chinesische Führung eine Wiederbelebung der regierungsfeindlichen Demokratiebewegung anläßlich des neuen Streits um die Diaoyutai-Frage mit Japan. Laut Bericht der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* (November 1990, S.6 ff.) haben Studenten mehrerer Hochschulen in Beijing nach der Konfrontation der japanischen Patrouillenschiffe mit den chinesischen Fischerbooten aus Taiwan am 21. Oktober um Diaoyutai eine anti-japanische Demonstration geplant, doch alle Anträge wurden von den Behörden abgelehnt. In einigen Wohnvierteln von Beijing, so *Zhengming*, wurden Flugblätter mit den Schlagworten "Wir wollen die Diaoyu-Inseln haben, nicht den japanischen Yen!" verteilt.

Die japanische Regierung hat zwar ihren Anspruch auf die Senkaku ebenfalls bekräftigt und gegen die Aktion der taiwanesischen Fischerboote protestiert, doch sagte Ministerpräsident Toshiki Kaifu am 23. Oktober, daß Japan die Angelegenheit über den von der rechtsgerichteten Gruppe gebauten Leuchtturm "umsichtig verhandeln" wolle. (Kyodo News Agency, 23.10.90, zit. nach SWB, 25.10.90) Am gleichen Tag erklärte der Generalsekretär des japanischen Kabinetts, Misoji Sakamoto, daß die Inselfrage zwischen Japan, China und Taiwan von einer späteren Generation gelöst werden solle. (Kyodo News Agency, 23.10.90, zit. nach SWB, 24.10.90) -ni-

***(42)
Eröffnung eines offiziellen "konsularischen Büros" in Bolivien**

Bolivien, das volle diplomatische Beziehungen zu Beijing unterhält, hat am 30. Oktober der Errichtung einer offiziellen Vertretung Taiwans in La Paz mit dem Namen "Büro für Handel und konsularische Angelegenheiten der Republik China" zugestimmt. Das Büro genießt den gleichen Status wie Vertretungen internationaler Organisationen. (LHB, 31.10.90; ZYRB, 1.11.90)

Taiwans diplomatische Beziehungen zu Bolivien waren am 11. Juli 1985 abgebrochen worden, nachdem dieses am 9. desselben Monats die diplomatischen Beziehungen zu Beijing aufgenommen hatte. Wie berichtet, hat Taiwan seit dem letzten Jahr einen neuen Kurs der "flexiblen" (Tanxing) oder "pragmatischen" (Wushi) Diplomatie eingeschlagen, d.h. Abrücken vom Anspruch auf Alleinvertretung für Gesamtchina. Man ist bereit, diplomatische Beziehungen zu jenen Regierungen aufzunehmen, die volle diplomatische Beziehungen zu Beijing unterhalten. Außerdem ist Taiwan kraft seiner großen Devisenreserven in der Lage, Gelddiplomatie gegenüber einigen kleinen und armen Staaten der Dritten Welt zu betreiben. Bislang hat Taiwan auf diese Weise diplomatische Beziehungen bereits zu fünf Staaten (Grenada, Liberia, Belize, Lesotho und Guinea-Bissau) aufgenommen, und Beijing, das auf der Alleinvertretung für Gesamtchina beharrt, wurde gezwungen, seine diplomatischen Beziehungen mit diesen Staaten abzubrechen.

Taiwan soll Bolivien auch Wirtschaftshilfe versprochen haben. Ursprünglich wünschte Taipei, volle diplomatische Beziehungen zu dem südamerikanischen Staat aufzunehmen, doch ist La Paz im Hinblick auf seine diplomatischen Beziehungen mit Beijing nicht bereit, zu weit zu gehen. Es ist ungewiß, ob Beijing die diplomatischen Beziehungen zu Bolivien abbrechen oder reduzieren wird. Bislang hat es in Bolivien nur Protest dagegen gegeben. Früher gab es auch offizielle Verbindungs- bzw. Handelsbüros der VR China in Ländern wie den USA und Saudi-Arabien, als diese noch volle diplomatische Beziehungen zur Republik China in Taiwan unterhielten.

Taiwan hat zwar in einigen Ländern, zu denen es keine diplomatischen Beziehungen unterhält, halbamtliche Ver-

tretungen mit der Staatsbezeichnung "Republik China". In Bolivien besteht jedoch erstmalig neben der diplomatischen Vertretung der VR China auch ein offizielles konsularisches Büro der Republik China. Falls dieses Verhältnis nicht nur kurz dauert, dient es, so sieht man es in Taiwan, als neues Modell der "flexiblen Diplomatie" der Regierung Taipei. -ni-

***(43)
Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition über die chinesische Vereinigung**

Am 7. Oktober wurde das Komitee für die Nationale Vereinigung (KNV) im Präsidialamt gegründet. Vorsitzender des Komitees ist Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) selbst, und die Ämter der drei stellvertretenden Vorsitzenden haben Vizepräsident Li Yuancu (Li Yuan-zu), Ministerpräsident Hao Bocun (Hau Pei-tsun) und Präsidentenberater Gao Yushu (Henry Kao) inne. Die anderen 30 Mitglieder des Gremiums sind ebenfalls prominente Politiker bzw. Persönlichkeiten verschiedener Kreise. Allerdings hat das Komitee nur eine konsultative Funktion. Für Planung, Forschung und Ausführung der Chinapolitik hat die Konferenz des Exekutiv Yuan (Kabinetts) am 18. Oktober die Gründung eines "Komitees für das (chinesische) Festland des Exekutiv Yuan" (KFE) beschlossen. Dies ersetzt die bisherige "Arbeitskonferenz des Exekutiv Yuan für das (chinesische) Festland". Auch die bisherige Arbeitsgruppe für Hongkong und Macau wird gleichzeitig ins KFE eingegliedert. (LHB, 8.u.19.10.90; ZYRB, 9.u.20.10.90; FCJ, 11. und 22.10.90)

Die Artikulierung der Politik zur Vereinigung Chinas gilt als ein Balanceakt Li Denghuis infolge der immer mehr zugespitzten Auseinandersetzung über Taiwans Status zwischen zwei politischen Blöcken. Während auf der einen Seite die überwiegend von einheimischen Politikern repräsentierten oppositionellen Kräfte nach einer Unabhängigkeit Taiwans, d.h. Verzicht auf eine chinesische Vereinigung, streben, beharren die hauptsächlich von den "Festländern" geführten konservativen Kräfte auf der Regierungsseite auf der Einheit Chinas. Li Denghui, der erste einheimische Präsident, mußte in der letzten Zeit viele Kritiken von den konservativen Politikern, zumal der älteren Generation, hinnehmen, weil er in zunehmendem Maße die Aktivitäten der Unabhängigkeitsbewegung in Tai-

wan toleriert hat. Innerhalb der Regierungspartei, deren Vorsitzender auch Li Denghui ist, wächst besonders unter den Seniorsmitgliedern der Unmut, nachdem mehrere im Exil lebende Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung auf Einladung Lis an der Konferenz über Nationale Angelegenheiten (Guoshi Huiyi) vom 28. Juni bis 4. Juli in Taipei teilgenommen haben. (S. hierzu C.a., Juli 1990, Ü 34, S.525)

Um die Gegner der Unabhängigkeitsbewegung zu besänftigen, so hat man den Eindruck, wurde das KNV gegründet. Bei der Eröffnung der ersten Sitzung des KNV am 7. Oktober in Taipei sagte Li Denghui, daß die Einigung Chinas kein "unerreichbarer Traum" sei. Am Schluß der Tagung bekräftigte er, daß die Festlandspolitik seiner Regierung darauf ziele, einen freien, demokratischen, gleich wohlhabenden und vereinigten chinesischen Staat wiederaufzubauen. Eins der Ziele der Gründung des KNV sei, "Taidu" (taiwanische Unabhängigkeit) für undurchführbar zu erklären.

Am selben Tag faßte die größte Oppositionspartei Minjindang (Demokratisch-fortschrittliche Partei, im folgenden MJD) auf der zweiten Plenarsitzung des 4. Parteitages in Taoyuan einen Beschluß, in dem es heißt: "Die De-facto-Souveränität unseres Staates erstreckt sich nicht auf das chinesische Festland und die Äußere Mongolei." Ursprünglich hatte der radikale Flügel dieser Partei mit der Bezeichnung "Xinchaoliu" (Neue Strömung) dem Parteikongreß einen Resolutionsentwurf vorgelegt mit dem Wortlaut: "Die Souveränität unseres Staates erstreckt sich nicht auf das Territorium der Volksrepublik China und das der Mongolischen Volksrepublik." Nachdem die Regierung und die Regierungspartei Guomindang (Kuomintang) dies als eine deutliche Befürwortung der Unabhängigkeit Taiwans befunden und die Verhaftung der Verantwortlichen oder sogar das Verbot der Partei MJD angedroht hatten, wurde der Satz rhetorisch verändert und in der mildernden Form eines einfachen Beschlusses statt einer Sonderresolution verabschiedet.

Am 16. Oktober hat Außenminister Qian Fu (Fredrick F. Chien) vor dem Gesetzgebungs Yuan bei der Antwort auf eine Anfrage den Standpunkt seiner Regierung wiederholt, daß die "Äußere Mongolei" ein Bestandteil der Republik China sei. (LHB, 17.10.90) Auf einer Weltkonferenz von Mongolen und Tibetern in Taipei sagte Präsi-

dent Li Denghui am 20. Oktober, daß die politische Realität das "unauflöslche, tiefe Verhältnis" seiner Regierung als Zentrale mit den Regionen der Mongolei und Tibets nicht erlöschen lasse. (ZYRB, 22.10.90; FCJ, 25.10.90) In der Taipeier Regierung gibt es nach wie vor ein Komitee für die Mongolei und Tibet.

Bei einer jüngsten Meinungsuntersuchung der LHB (12.10.90) sprachen sich 66% der 1.003 Befragten für eine chinesische Vereinigung unter den Bedingungen von Demokratie und Freiheit aus und 21% für die Unabhängigkeit Taiwans mit der Voraussetzung, daß es die chinesischen Kommunisten nicht zum Angriff gegen Taiwan veranlaßt. Aber im Vergleich zu dem Ergebnis einer gleichen Demoskopie am 10. Juni im vorigen Jahr ist der Anteil der Befürworter für die Vereinigung Chinas um 2% gefallen, hingegen der für die Unabhängigkeit Taiwans um 8% gestiegen.

Laut einer anderen Meinungsforschung von Gallup im Auftrag der taiwanesischen Stiftung für die Erforschung der Entwicklung beiderseits der Taiwan-Straße sind 62,7% der 1.013 Befragten gegen und 16,2% für die Unabhängigkeit Taiwans, 19,6% haben keine Meinung dazu. Nur 9,7% der Befragten wollen auf den Souveränitätsanspruch auf das chinesische Festland verzichten, 60,4% wollen dies nicht. Ferner befürworten 56,7% der Befragten Verhandlungen zwischen den Regierungen Taipei und Beijing, 15,5% lehnen dies ab. 41% der Befragten sind ungewiß über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland in den kommenden fünf Jahren, 58,7% sind ungewiß über die Entwicklung in den kommenden zehn Jahren. (LHB, 15.10.90; ZYRB, 16.10.90; FCJ, 18.10.90). -ni-

Hongkong

*(44)

Gouverneur Wilson warnt vor düsterer Wirtschaftslage in Hongkong

In seinem diesjährigen Regierungsbericht sprach Gouverneur Sir David Wilson von einer düsteren Wirtschaftslage der britischen Kolonie Hongkong

und ermahnte die Einwohner, mit Sparsamkeit der schweren Zeit entgegenzutreten. Er wies darauf hin, daß infolge der Erdölverteuerung die Konjunktur gedämpft sei. Falls die Golfkrise fortduere und die Restriktionsmaßnahmen der wichtigen Handelspartner nicht schnell beendet würden, sei mit einem weiteren Rücklauf des Wirtschaftswachstums in der britischen Kolonie zu rechnen. Die Regierung erwartet in diesem Jahr eine geringere Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von 2,5% (im Vorjahr noch 7,5%). Dagegen wird die Inflationsrate nach offizieller Schätzung bei 9,5% oder noch höher liegen. (DGB, 12.10.90)

Um die Wirtschaftsschwierigkeiten zu überwinden, appellierte Wilson an die Unternehmen, die Ressourcen künftig noch rationeller zu nutzen, sich bei der Preis- und Gewinnansetzung zurückzuhalten und die Lohnfrage realistisch zu behandeln, um damit die Preise nicht weiter nach oben zu treiben. Er kündigte die Einschränkung öffentlicher Ausgaben und das Einfrieren neuer Personaleinstellungen bei vielen Behörden an. Andererseits prüfe die Regierung ständig die Pläne zur Einfuhr fremder Arbeitskräfte, um dem Bedarf der Wirtschaft an Fachleuten bei Strukturumwandlung entgegenzukommen. Ferner wolle seine Regierung regelmäßig das Niveau der Sozialpolitik den Preissteigerungen entsprechend anheben.

In den 90er Jahren werde die Wirtschaft Hongkongs, so beurteilte der Gouverneur, mit "festen Schritten" weiter vorwärtsschreiten. Aber solange es wirtschaftliche Schwierigkeiten gebe und die politische Lage im Mittleren Osten unklar bleibe, werde die Hongkonger Regierung keine weiteren Großprojekte im Bauwesen unternehmen.

Hongkong kehrt gemäß der sino-britischen Vereinbarung von 1984 in knapp sieben Jahren an China zurück. Wilson betonte die Bedeutung konstruktiver Kontakte mit der chinesischen Regierung während der Übergangszeit, aber mahnte gleichzeitig Beijing, Entscheidungen der Regierung Hongkong nicht zu behindern. In der letzten Zeit hat die chinesische Führung das britische Gesetz über die Einbürgerungsgewährung für rund 225.000 Hongkong-Chinesen und die Bauplanung eines neuen internationalen Flughafens mit ge-

schätzten Investitionskosten von 38 Mrd.HK\$ (umgerechnet rd. 4,9 Mrd.US\$) scharf kritisiert. In seinem Regierungsbericht verteidigte Wilson diesen Plan. Um sich über das Projekt ausführlich zu informieren, hat Beijing eine Gruppe von Experten Mitte Oktober nach Hongkong gesandt. Nach zehntägigen Besprechungen mit den Experten von Hongkong sind beide Seiten noch immer nicht übereingekommen. (DGB, 27.10.90) Laut Wilson werden die ausführlichen Planungsarbeiten für den neuen Flughafen erst im November 1991 beendet sein. Die Bauarbeiten werden über 1997 hinausreichen. -ni-

*(45)

Unterschiedliche Reaktionen auf Arbeitsmarktöffnung Hongkongs für Volksrepublik-Chinesen im Ausland

Seit dem 28. September erlaubt die Hongkonger Regierung denjenigen volksrepublikansich-chinesischen Bürgern in Hongkong zu arbeiten, die mindestens zwei Jahre lang im Ausland (d.h. außerhalb des chinesischen Festlands, Hongkong und Macau) gelebt haben. Außerdem müssen sie die Beschäftigungs- und Einreisebedingungen Hongkongs erfüllen, d.h. sie sollen über Berufseigenschaften (Ausbildung und Erfahrung) verfügen, die Hongkong braucht, und Hongkongs Sicherheitsinteressen nicht widersprechen. Die Erlaubnis kann nur im Ausland beantragt werden. (XNA, 25.9.90; Xingdao Ribao, europäische Ausgabe, 26.9.90)

Vorher konnten nur die legalen chinesischen Einwanderer (pro Tag 75) und die Mitarbeiter staatlicher chinesischer Unternehmen in Hongkong Arbeitserlaubnis von den kolonialen Behörden bekommen. Angeblich hat die Hongkonger Regierung nach wiederholter Aufforderung Beijings die neue Maßnahme verfügt. Einige Intellektuelle in Hongkong glauben daher, daß Beijing auf diese Weise seine Leute in Hongkong infiltrieren und den politischen Einfluß dort verstärken möchte. Aber Gouverneur Sir David Wilson betonte, daß sich die Einstellung auf die private Wirtschaft beschränke. Die Unternehmen, die seit Jahren unter starkem Braindrain leiden, begrüßen deshalb auch die neue Politik der Regierung. (AWSJ, 26.9.90; XNA, 28.9.90). -ni-